



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

F/IX/78 - 3.4.54

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039.890

Hinweise
auf den Inhalt:

Um die "Europäisierung" der Saar	S. 1
Deutsche Blutopfer in Indochina	S. 3
Die SPD - stärkster Widerstandsträger in der Sowjetzone	S. 5

Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes und Parteiausschusses

Die Verantwortung trägt Bonn

xxx - Saarbrücken

Der Bundeskanzler hat nach seiner Rückkehr aus Griechenland und der Türkei erstmals vor der Fraktion der CDU/CSU zu seinen Saarbesprechungen mit Außenminister Bidault Stellung genommen. Dabei machte er offensichtlich den Versuch, die Saarfrage zu bagatellisieren und die während seiner Abwesenheit erhitzten Gemüter zu beruhigen. Er habe, so sagte Dr. Adenauer, keine verbindlichen Abmachungen mit dem französischen Außenminister getroffen und für ihn bleibe die Verwirklichung der politischen Europagemeinschaft Voraussetzung für die Europäisierung der Saar. Jede Regelung bedürfe außerdem der Zustimmung der Saarbevölkerung und dürfe sich nicht als Präjudiz für die Grenzregelung im Osten auswirken, da endgültige Entscheidungen erst im Friedensvertrag getroffen werden können.

Diese Erklärung des Kanzlers, die von den Regierungsparteien mit Genugtuung aufgenommen wurde, kann keineswegs befriedigen. Selbst wenn der Eindruck entsteht, daß man die Saar-Europäisierung durch die Koppelung mit der EPG auf den St.Nimmerleinstag verschieben möchte, bleibt doch der Tatbestand, daß die Bundesregierung bereit ist, einseitig auf einen deutschen Gebietsteil zu verzichten.

In welcher Form das geschehen soll, sagt der sogenannte

Neters-Plan, den der Kanzler in Paris als Grundlage für die deutsch-französischen Verhandlungen anerkannte, mit aller Deutlichkeit. Nach ihm bleibt der französische Einfluß auf die Saarwirtschaft bestehen, während die Bundesrepublik das Vergnügen hätte, ein Kulturbkommen mit Johannes Hoffmann abzuschließen und im Zuge der wirtschaftlichen Integration Europas auch auf die Saar wirtschaftlichen Einfluß zu gewinnen.

Dieser Zustand, den man kühn als "Europäisierung" kennzeichnet, soll seine demokratische Legitimation durch eine Volksabstimmung der Saarbevölkerung erhalten, die in der Art ihrer Durchführung den Scheinabstimmungen totalitärer Regime verdächtig nahekommt. Nach dem Zustandekommen eines Saar-Abkommens zwischen Frankreich und der Bundesrepublik über die Europäisierung will man der Bevölkerung an der Saar die Suggestivfrage stellen: "Bist Du für die Europäisierung oder nicht?"

Wenn der Herr Bundeskanzler eine solche Komödie als Zustimmung der Saarbevölkerung zu seinen Plänen werten würde, müßte man das als einen Versuch zur Abwälzung der Verantwortung schärfstens zurückweisen. Die deutschen Parteien an der Saar denken denn auch gar nicht daran, sich an einem solchen Spiel zu beteiligen. Sie haben das Recht, die Herstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar jetzt und ohne jede Voraussetzung zu verlangen, denn ihre Zulassung ist nur noch ein Manöver, wenn die Bundesregierung der Abtrennung des Saargebietes unter der Maske der Europäisierung zugestimmt hat.

Ferner wäre die Bundesrepublik verpflichtet, sich jeder Einmischung in die Verhältnisse an der Saar in einem der Abstimmung vorausgehenden Wahlkampf zu enthalten. Die Grenzen würden hermetisch geschlossen, während nach Frankreich keine Grenze besteht und Herr Grandval mit seinen 700 Mitarbeitern in Saarbrücken sitzt und die frankophilen Kräfte dirigiert. Geld und Propagandamöglichkeiten stünden den Separatisten in reichem Maße zur Verfügung, denn der französische "Botschafter" verfügt allein über Milliardenbeträge für die "öffentliche Intervention" an der Saar. Man braucht deshalb die französischen Unternehmen und Banken und die Millionen des Herrn Hoffmann im Staatshaushalt gar nicht besonders zu erwähnen. Die deutschen Parteien hätten hingegen keine einzige Druckerei zur Verfügung und keine Hilfe von ihrem eigenen Vaterland zu erwarten.

Deshalb muß heute schon jeder Zweifel daran beseitigt werden, daß ein solches Verfahren nicht nur in Kreisen der Opposition schärfstens verurteilt wird. Wer ihm zustimmen würde, müßte der Preisgabe deutschen Gebietes bezichtigt werden und sie wäre noch verwerflicher als die brutale und offene Zustimmung der Pankower Marionetten zur Oder-Weiß-Linie, weil man die Begriffe "Demokratie" und "Europa" damit mißbrauchen würde.

Die Verantwortung für die künftige Entwicklung in der Saarfrage liegt allein bei der Bundesregierung und den Parteien ihrer Koalition. Jeder Versuch, sie durch ein Schein-Plebizit auf die Saarbevölkerung abzuwälzen, wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt.

+ + +

"The Germans to the front"

Uns wird geschrieben:

"In diesen Tagen ist der Ruf "The Germans to the front" wieder einmal - diesmal von den Nachrichtenagenturen - um die Welt getragen worden. Sie erinnern sich doch ? China im Jahre 1900, Boxeraufstand ! Damals bewährten sich deutsche Soldaten als Infanteriespitze eines westlichen Koalitionsherees gegen das, was man heute vielleicht den "Ansturm aus dem Osten" nennen würde. Nun, das ist inzwischen Geschichte, und in diesem China regiert heute Mao Tse-tung. Geblieben aber ist aus jener und aus anderen Zeiten ein verstärkter Haß von Millionen von Asiaten gegen die "weißen Teufel" und ihre Politik der Privilegien und der Stärke

Der Ruf "Germans to the front" kommt heute aus dem Nachbarland Chinas, aus Indochina. Dort berennen etwa 40000 "Kommunisten" den "Vorposten der westlichen Freiheit", die Festung Dien Bien Phu. Präsident Eisenhower hat dem Ministerpräsidenten der französischen Republik in einer Botschaft mitgeteilt, wie sehr er diesen Kampf der französischen Unions-Truppen für die Sache der freien Welt bewundere. Neben Indochinesen verteidigen vor allem Marokkaner und - deutsche Fremdenlegionäre diese Festung. Einer von ihnen hat in einem ergreifenden Brief an seine Eltern, der kürzlich über eine deutsche Rundfunkstation verlesen wurde, seine Jugendgespielen beschworen, sich niemals für solche "Freiheitskämpfe" im Fernen Osten ködern zu lassen. Es sei die Hölle. Wir, die wir Soldaten in Rußland waren, glauben es unbeschön.

Damit uns die zwar nicht erwählten, aber dienstgradmäßig berufenen Vertreter des Militarismus, die ihre Weltanschauung immer so gern mit Soldatentum verwechseln, nicht mit Genuß mißverstehen: Hier wird nicht ein Wort gegen anständige Soldaten - damals oder heute - gesagt, die glauben, sich irgendwo und irgendwann mit der Waffe in der Hand für das einsetzen zu müssen, was sie für ihre heiligsten Güter halten. Auch dann nicht, wenn wir den Glauben an diese Güter nicht unbedingt teilen sollten.

Welcher Soldat wüßte nicht, daß die 14000 Verteidiger von Dien Bien Phu in erster Linie für ihr Leben kämpfen ? Wer aber, abgesehen vielleicht von einigen "Berufswestlern" glaubt, daß die 40000 Angreifer - und ihre 40000 Kollegen im Delta des Roten Flusses - für die

"marxistisch-leninistisch-stalinistische" Seitenlinie des imperialistischen Krombolschewismus Kämpfer? Er müßte ein ebenso großer Tor sein wie jener, der glaubt, daß Mao die chinesischen Bauern mit theoretisierenden Ideologien zum Krieg gegen den Verbündeten des fortschrittlichen und demokratischen Westens, also gegen Tschiang Kai-schek, aufgewiegelt hat. Entweder dieser Westen beginnt zu sehen, was in jenen nicht unwesentlichen Teilen der Welt wirklich los ist, oder aber in einer viel kürzeren Zeit als es 50 Jahre sind, regiert dort ... siehe China 1950 und 1900!

Man kann aus den berühmten ideologischen Gründen die Entscheidung der britischen Labour-Regierung über Indien heute noch bedauern wie es viele Deutsche tun, bei denen der Ruf "Germans to the front" offensichtlich "stolze Reminiszenzen" geweckt hat. Das hindert uns nicht daran, nach wirksameren Mitteln gegen das Vordringen des Bolschewismus auf jedem Fleck der Erde zu suchen, als es offensichtlich Kanonen und Bajonette zu sein scheinen. Wer es nicht fertigbringt, in dem ihm anvertrauten Stückchen Land eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, durch die den feindlichen Kräften weder eine soziale noch eine nationale Angriffsfläche geboten wird, der sollte nicht im letzten Moment den echten Heldenmut vieler Menschen mobilisieren, die auf verlorenen Posten stehen. Daß ein Bruchteil des seit Generationen erpreßten Milliarden-gewinnes geopfert werden muß, um auch in jenen Gebieten eine menschenwürdige Lebensform zu schaffen, ist für wenige eine bittere, für viele weiße und braune Menschen sicher aber eine vertretbare Lösung. Für uns Deutsche jedoch, die wir nicht nur heute, sondern auch in 50 Jahren mit den Völkern der Erde in Frieden und in einem regen Austausch von kulturellen und wirtschaftlichen Gütern leben müssen - wenn wir leben wollen - ist der kriegerische Einsatz unserer Jugend überall wo anders als im Ernstfall in unserer weiß Gott genug bedrohten Heimat, einfach national unerträglich geworden.

Wir sind keine "Registen". Wenn es einmal darum gehen sollte, in jenen Teilen der Erde mithilfe von Pädagogen und Ärzten, Technikern und Fachleuten Gemeinwesen aufzubauen, die weder sozial noch national gegen die Verlockungen der Unmenschlichkeit von links und rechts anfällig sind, dann stimmen wir mit Begeisterung in den Ruf ein: The Germans to the front!

+ + +

Ulbrichts vorgelichter Kampf gegen die Hydra

EZ - Berlin

Was die Spatzen seit dem Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 von den Dächern pfeifen, daß nämlich das Bekenntnis zur Sozialdemokratie zur unüberwindlichen Widerstandskraft in der Sowjetzonenbevölkerung gegen das SED-Regime geworden ist, mußte jetzt der 4. Parteitag der SED aus dem Munde des Leiters der Zentralen Parteikontrollkommission, Hermann Matern, zur Kenntnis nehmen. Über die Hälfte seines Referates war - worüber allerdings viele bürgerliche westdeutsche Zeitungen aus Gründen der höheren Bundespolitik in ihrer Berichterstattung hinweggingen - dem Kampf gegen den "Sozialdemokratismus" gewidmet. Dabei mußte Matern selbst seinen obersten Chef Ulbricht berichten, der in seinem Rechenschaftsbericht triumphierend erklärt hatte, das Ergebnis des Arbeiteraufstandes sei die "Unschädlichmachung der Putschisten" gewesen. Der Chef der zentralen Parteikontrolle stellte demgegenüber eindeutig zur Frage des "Sozialdemokratismus" fest: "Diese Banditen konnten ihre feindliche und zersetzende Tätigkeit ausüben, weil kein harter Kampf zur Entlarvung der Feinde geführt wurde".

Wie der sagenhafte Hydra nach jedem Schwertstreich ihres Bekämpfers neue Köpfe wachsen, so hat jede Verhaftung, die der kommunistische Staatssicherheitsdienst im Auftrag der SED-Führung gegen Anhänger des Sozialdemokratismus durchführte, neue Widerstandskräfte aus den Reihen des Volkes, vor allem der Arbeiterschaft, hervorgerufen. Nichts anderes besagt die von Matern den Parteidelegierten präsentierte lange Liste von "Erscheinungsformen des Sozialdemokratismus" nach dem 17. Juni.

Lassen wir Ulbrichts Verantwortlichen für die "Reinheit der Partei" selbst sprechen. "Der Feind konnte sich in die Bau-Unionen (sämtlichen volkseigenen Baubetriebe der Zone) ungehindert Positionen schaffen, seine Wühlarbeit fast legal durchführen und die Arbeit sabotieren". Über die Verhältnisse im Film- und Farbenwerk Wolfen (früher Agfa) erklärte er: "In seinen Betrieben gab es vielfältige Erscheinungen des Sozialdemokratismus und Gruppen des Ostbüros. Der Abteilungsleiter K. äußerte unwidersprochen seine Ostbüro-Ansichten. So sagte er: "Wenn wir eine solche Partei wie die SPD drüben wären, dann bräuchten wir keine Schulung zu machen". Wie sehr auch in den Kreisen der technischen Führungskräfte in den volkseigenen Betrieben, die selbst der SED angehören, gegen die Befehle der Parteiführung gearbeitet wird, zeigte Matern, wenn er erklärte, in den Betrieben werde die Parole verbreitet, "wenn du Meister werden willst, dann mußt du aus der Partei austreten".

Materns Referat vor dem Parteitag ist zu einem Beweis für die wachsende Stärke des Widerstandskampfes im Zeichen sozialdemokratischer Ideen geworden. Ulbrichts Reinigungsbesen Nr. 1 war es auch, der den Anspruch des SED-Regimes, die Arbeiter und Bauernmacht zu repräsentieren, Lügen strafte. Matern mußte nämlich zugeben, daß die SED gerade in der Arbeiter- und Bauernschaft die meisten und entschlossensten Feinde entgegentreten. Er nannte als typisches Beispiel den Bezirk Gera, wo 66 Prozent der Arbeiter und nur 32,5 Prozent der Angestellten wegen parteischädigenden Verhaltens mit Parteiauschluss "bestraft" wurden. Bei den Bauern seien sogar 77,7 Prozent aus der SED ausgestoßen worden. Wenn auch Matern mit der Zitierung dieses typischen Beispiels eine Kritik an den Maßnahmen seines eigenen Kontrollapparates üben wollte, so gestand er doch damit ein, daß die SED nur noch eine Clique berufsmäßiger und Ulbricht-höriger Manager-Funktionäre, niemals aber die Verkörperung einer Arbeiter- und Bauernmacht ist.

 Verantwortlich: Peter Raunau

3. April 1954

Kommuniqué des Parteivorstandes und Parteiausschusses

Am Donnerstag, den 1. April, tagte der sozialdemokratische Parteivorstand, und am folgenden Tage traten Parteivorstand und Parteiausschuss zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Im Mittelpunkt der gemeinsamen Beratungen stand ein Referat des 1. Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, über die innen- und außenpolitische Lage, wie sie durch die Krisenerscheinungen in der deutschen Montanindustrie, durch die überstürzte Ratifikation der Bonner und Pariser Verträge durch die Bundesregierung und durch die Verleihung der Scheinsouveränität an die Sowjetzone entstanden ist.

Dem Referat Ollenhauers folgte eine ausführliche Debatte, in der die große Beunruhigung über die Auswirkungen der Regierungspolitik zum Ausdruck kam. Mit großem Ernst wiesen alle Sprecher auf die Gefahren hin, die für das deutsche Volk durch den innen- und außenpolitischen Kurs Adenauers entstanden sind und zu den schwersten Besorgnissen über die künftige Entwicklung der Bundesrepublik und die Zukunft Deutschlands Anlaß geben.

Der Sekretär der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Walter Menzel, berichtete über die Tätigkeit der SPD-Fraktion im neuen Bundestag. Zur Erleichterung der vielfältigen parlamentarischen Arbeit hat die Fraktion Arbeitskreise für die wichtigsten Sachgebiete geschaffen. Erschwerend für die Arbeit der Fraktion ist, das nach dem 6. September noch viel stärkere Bestreben der Regierung, den Bundestag in lebenswichtigen Fragen auszuschalten. Das Grundgesetz wird in bedenklicher Weise in vielen Fällen umgangen. Die bisherige Praxis der Bundesregierung läßt eine kalte Aushöhlung des Grundgesetzes befürchten.

Mit großer Mehrheit wurde ferner beschlossen, den kommenden Parteitag der SPD in der Zeit vom 20.-25. Juli 1954 in Berlin durchzuführen. Berlin wurde gewählt, um die besondere Bedeutung dieser Stadt für die deutsche Wiedervereinigung gerade jetzt hervorzuheben. Die politischen Hauptreferate des Parteitags werden Erich Ollenhauer und Willi Eichler halten. Ollenhauer wird über die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas sprechen, Eichler über die grundsätzlichen Fragen des Kampfes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Parteigremien billigten ferner die Einsetzung eines Ausschusses, der sich mit Fragen der Sicherheit beschäftigen soll.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes findet am 3. Mai 1954 statt.

+ + +